

Die Zukunft des politischen Westens

Zum Spannungsverhältnis zwischen europäischen und transatlantischen Strukturen in der Sicherheitspolitik

HSFK-Report 4/1999

Zusammenfassung:

Die traditionellen Fundamente bundesdeutscher Außen- Sicherheits- und Verteidigungspolitik erscheinen zunehmend unsicher. Dies betrifft insbesondere die Kontinuitätsfähigkeit der hegemonial strukturierten NATO. Der vorliegende Report prüft, wie es um die Stabilität der NATO bestellt ist, wie das in der Tradition De Gaulles stehende französische Angebot der Schaffung autonomer europäischer Entscheidungsstrukturen und Handlungskapazitäten im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu bewerten ist und wie realistisch die von der großen Mehrheit der bundesdeutschen Elite geteilte Hoffnung ist, es möge gelingen, den Anspruch auf eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitische Identität in harmonischem Gleichklang mit den USA derart einzulösen, daß innerhalb der NATO ein mit autonomen Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten ausgestatteter europäischer Pfeiler errichtet wird.

Der Report versucht diese Fragen zu klären, indem er in einem ersten Schritt die Plausibilität von drei theoriegeleiteten Aussagen über die Perpetuierbarkeit der transatlantischen Kooperation prüft und fragt, inwieweit diese die Zielvorstellung einer Egalisierung des internen Machtverhältnisses der NATO tragen. In einem zweiten Schritt wird ein alternatives Modell zur Erklärung der die transatlantische Kooperation stabilisierenden Kohäsionskräfte vorgestellt. Dies interpretiert den politischen Westen als zwei ineinander verschachtelte Ordnungsmodelle, die einerseits miteinander konkurrieren, sich andererseits gegenseitig stabilisieren.

Die Plausibilität dieses Modells wird in einem dritten Schritt am Beispiel der Auseinandersetzungen um die Europäisierung der NATO in den 90er Jahren geprüft. Dies Modell begründet einerseits überzeugend die Stabilität der NATO, benennt andererseits ihre Bruchlinien.

Der Report kommt zu folgenden Ergebnissen.

Die deutsche Hoffnung, die internen Machtbalance der NATO lasse sich im Sinne eines Ausgleichs europäischer und transatlantischer Strukturen reformieren, wird sich als Illusion erweisen. Die NATO funktioniert nur als hegemoniale Konstruktion. Für ein Gelingen des Reformszenario sprechen weder die gängigen politikwissenschaftlichen Theorien, die eine Verstetigung der transatlantischen Kooperation behaupten, noch die Interessenlagen, die diesseits und jenseits des Atlantik handlungsleitend wirken.

Die politische Klasse der USA befürwortet hegemoniale Führung innerhalb der NATO, der eine Teil, weil Europa nach wie vor nationalstaatlich fraktioniert ist und die Europäische Union ohne den stabilisierenden amerikanischen Einfluß mit dramatischen Folgen für die USA selbst wieder in seine nationalen Bestandteile zerfallen würde, der anderen Teil, um Europa weiterhin zu fraktionieren und das Entstehen eines potentiellen Konkurrenten um die Macht auszuschließen. Die Mehrheit der Europäer fragt hegemoniale Führung durch die USA nach, weil es die Delegation der Sicherheitspolitik an die NATO erlaubt, der Frage der Finalität der europäischen Integration auszuweichen ohne das Projekt europäische Integration zu gefährden. Der große Nachteil der insbesondere von Frankreich vertretenen, auf Emanzipation von den USA setzenden Minderheitenposition besteht darin, daß sie keine überzeugenden Antworten auf die Kardinalfragen geben können, wie in einer rein europäischen Kon-

struktion deutsche Macht verlässlich eingebettet und außenpolitische Handlungsfähigkeit hergestellt werden soll. De Gaulles Perspektive der intergouvernementalen Kooperation unter französischer Führung erschien den übrigen Europäern zu gewagt; die deutsche Perspektive einer Vergemeinschaftung auch der Außen- und Sicherheitspolitik erwies sich als nicht mehrheitsfähig.

Obwohl die Interessenlage diesseits und jenseits des Atlantik eine hegemoniale NATO noch trägt, sind die Sollbruchstellen dieser Konstruktion deutlich zu erkennen. Gefahr droht der NATO, wenn sich die in den USA gegenwärtig zu beobachtenden neo-isolationistischer und unilateraler Tendenzen nicht korrigieren lassen. Gefahr droht ihr ebenso, wenn die europäische Selbstbehauptungsrhetorik oder von dem Binnenmarkt auf die Außenpolitik ausstrahlenden Europäisierungseffekte eine Dynamik erzeugen und dadurch zwei Grundbedingungen des amerikanischen Engagements in Europa verletzt werden. Diese betreffen a) daß die integrierten Kommandostruktur der NATO nicht durch permanente europäische Strukturen gefährdet wird, und b) daß die Europäer kein vorrangiges, Diskussionen im NATO-Rat präjudizierendes Kommunikations- und Entscheidungszentrum schaffen.

Obwohl die Grundlagen der hegemonial strukturierten NATO zunehmend ins Rutschen geraten, wird davon abgeraten, vorschnell gegen diese beiden amerikanischen Bedingungen zu verstoßen, selbst wenn dadurch der Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Identität deutliche Grenzen gesetzt würden. Bevor deutsche Politik den Schritt über den Rubikon wagt, sollte die Frage der Finalität der europäischen Integration geklärt sein. Neben der Perspektive der Staatswerdung Europas, die mit der Vergemeinschaftung der Außen- und Sicherheitspolitik fast unausweichlich würde, wäre zu prüfen, ob die Frage der Einbettung deutscher Macht durch die gelungene Demokratisierung und die Einbettung in der Wirtschafts- und Währungsunion schon gelöst ist und inwieweit die EU eine dem Nationalstaat vergleichbar effiziente Sicherheits- und Verteidigungspolitik braucht. Möglicherweise findet auch Deutschland seinen Platz in einer zwar europäisch koordinierten aber letztlich nationalstaatlich verantworteten Sicherheits- und Verteidigungspolitik, und möglicherweise entspricht dieses Modell dem Telos einer immer engeren Union der Völker Europas besser als das Gegenmodell der von oben vorangetriebenen Staatswerdung. Zur Klärung dieser Frage wäre ein offener europäischer Dialog dringlich.